Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 10. Mai 1885. Nr. 215.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

69. Plenarsitzung am 9. Mai.

Präsident von Köller eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr.

Bezüglich des vom Herrenhaus in abgeänderter Fassung zurückgelangten Gesetzentwurfs erklärte Ministerialdirektor Simon v. Zastrow, daß die Regierung nach der vom Herrenhause beschlossenen Streichung des § 5 keinen Werth auf die weitere Berathung lege.

Auf Antrag des Abg. v. Benda, dem sich die Abgg. v. Cuny und v. Rauchhaupt anschließen, wird demgemäß der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt.

Das Haus geht nunmehr zur Berathung von Petitionen über, die lediglich ein lokales, bezw. persönliches Interesse bieten und nach den Anträgen der betr. Petitionen erledigt werden.

Nach Erledigung der Tagesordnung erstattet der Präsident den üblichen Bericht über die Thätigkeit des Hauses in der abgelaufenen Session.

Der Alterspräsident v. Bockum-Dolffs brach hierauf dem Präsidenten den Dank des Hauses für seine umsichtige Geschäftsführung aus.

Präsident v. Köller dankte seinerseits für das Wohlwollen und Entgegenkommen, das ihm von allen Seiten entgegengebracht sei und ihm sein Amt wesentlich erleichtert habe.

Er schloß hierauf die Sitzung mit einem Hoch auf Se. Majestät den König und Kaiser Wilhelm I., in welches das Haus dreimal mit Begeisterung einstimmte. (Abends folgt in gemeinsamer Sitzung beider Häuser der Schluß des Landtags.)

Herrenhaus.

19. Sitzung vom 9. Mai.

Am Ministertische: Fürst Bismarck, Dr. Friedberg, v. Scholz.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Kommission für den Staatshaushalts-Etat und für Finanz-Angelegenheiten über die Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres vom 1. April 1883 bis 84 nebst ihren Anlagen und der dazu gehörigen Denkschrift.

Die Kommission, in deren Namen Graf v. Schulenburg-Angern Bericht erstattet, beantragt, die Etatüberschreitungen nachträglich zu genehmigen.

Debattelos tritt das Haus diesem Beschluß bei.

Es folgt der Bericht der Kommission für das Verwendungsgesetz nach dem Antrag Buene.

Der Referent Becker (Düsseldorf) trägt ein Resumé der Kommissionsverhandlungen vor bemerkt schließlich, daß eine Abänderung des Entwurfs dessen Ablehnung bedeute.

Finanzminister v. Scholz erklärt zunächst, daß die Regierung den Gesetzentwurf durchaus nicht für eine vollkommene Schöpfung betrachte, deren Abänderung ihr unerwünscht sei, sie hätte manche tiefgreifende Aenderungen gewünscht, aber angesichts der gegenwärtigen Geschäftslage halte sie eine Abänderung für eine Ablehnung. Es handle sich um einen ersten Schritt auf dem Wege der Entlastung der Kommunen, welche die Regierung seit langer Zeit anstrebe. Ueber die Bedenken des Entwurfs sehe die Regierung hinweg, einmal, weil es sich um ein Provisorium handle, dann aber, weil die Initiative beim Landtage liege, wodurch die Verantwortlichkeit der Regierung vermindert werde.

Frhr. v. Mirbach und Graf Udo Stolberg erklären sich mit dem Entwurfe einverstanden, letzterer bedauert nur, daß man nicht bei der Vertheilung auch die Fläche als Maßstab benutzt hat.

Graf Brühl erkennt in dem gegenwärtigen Vorgange einen Sieg des Parlamentarismus, den er aber um deswillen mit Freuden begrüße, weil er manchen die Augen öffnen werde. Ebenso gut wie das Zentrum, könnte vielleicht später einmal die sozialdemokratische Partei dem Landtage Bedingungen stellen, um ein Reichsgesetz zu Stande zu bringen.

Nachdem v. Kleist-Retzow und Frhr. von Landsberg für die Vorlage eintreten, letzterer mit Hinweis darauf, daß von derselben das Zustandekommen der Getreidezölle abhinge, wird die Generaldiskussion geschlossen.

Der § 1 gelangt darauf mit 92 gegen 27 Stimmen zur Annahme.

Die übrigen Paragraphen wurden ohne erhebliche Debatte angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Kurz nach 2 Uhr schloß die Sitzung mit der üblichen Geschäftsübersicht und einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser.

Abends 7½ Uhr findet die gemeinsame Schlußsitzung beider Häuser im Hause der Abgeordneten statt.

Deutschland.

Berlin, 9. Mai. In Bezug auf das Endurtheil des Ober-Seeamtes in Berlin über den Zusammenstoß des Lloyddampfers „Hohenstaufen" mit der Korvette „Sophie" haben wir in unserer Zeitung berichtet. Bekanntlich ist die Freisprechung des Kapitäns Winter, Führers des „Hohenstaufen", auch in der oberen Instanz erfolgt. Wir erfahren nun aus sachkundigen Kreisen, daß diese Freisprechung in der deutschen Handelsmarine zwar Befriedigung erregt hat, daß man jedoch in diesen Geschäftskreisen keineswegs zufrieden ist mit der Begründung der Freisprechung bei dem Ober-Seeamte, daß man vielmehr die Begründung des ersten freisprechenden Urtheils bei dem Seeamte in Bremerhafen vom 9. Dezember v. J. für die zutreffende hält. Sowohl bei der Urtheilsfällung in Bremerhafen als auch bei dem höheren Seegerichte in Berlin waren in großer Anzahl Schiffsführer aus der Handelsmarine im Zuhörerkreise erschienen. In diesen Kreisen war, und wohl einstimmig, die Ansicht vertreten, daß Kapitän Winter die Durchschneidung der Linie der Kriegsschiffe für ungefährlich und für gesetzlich völlig zulässig halten durfte, da die Schiffe in Abständen von 600 m dampften, vorausgesetzt, daß Alles die Ruhe wahrte, und daß zweitens die an sich ganz unnöthige Aenderung in der Steuerung der Korvette, wenn solche doch einmal vorgenommen wurde, hübsch beibehalten und nicht nochmals umgeändert wurde, zu einer Zeit, wo dadurch nur Unsicherheit in das Verhalten des „Hohenstaufen" gebracht werden konnte und mußte. Das Seeamt in Bremerhafen hat auch dementsprechend geurtheilt, während das Ober-Seeamt in Berlin in der Begründung seines Urtheils den Kapitän Winter für durchaus verpflichtet erachtete, die Linie der Kriegsschiffe nicht zu durchschneiden, sondern zu umfahren, und den Kapitän Winter zwar auch freigesprochen hat, aber doch nur in Anbetracht seiner bisherigen tadelfreien Führung.

Bei dieser Gelegenheit taucht eine alte Klage der Kapitäne und Steuermänner der Handelsmarine wiederum auf, nämlich die Klage, daß bei den Seegerichten, auch wenn über Handelsschiffe geurtheilt werden soll, den Offizieren der Kriegsflotte ein viel zu weit gehender Einfluß gegeben ist und Urtheile gefällt werden, welche nicht selten nach Ansicht der Kapitäne der Handelsschiffe nicht die richtigen sind. Die Handelsschiffer sagen, und wohl nicht mit Unrecht: ein Offizier der Kriegsflotte kennt aus eigener Thätigkeit kaum ein anderes Verhältniß, als daß der Befehl „Alle Mann auf Deck" so ein-, zwei-, drei-, vierhundert Paar Hände und Beine auf Deck ruft und zur Verfügung stellt, und daß dieser Ameisenhaufen jeden Befehl mit Leichtigkeit ausführt, und zwar auf einem Schiffe, welches absichtlich für leichte Bewegung gebaut ist. Aber wie ein Kapitän der Handelsflotte zu beurtheilen ist, welcher in schwierige Lage gekommen ist und welcher dabei mit wenigen Handen sein Schiff regieren soll, und zwar ein Schiff, welches auf großen Laderaum gebaut ist und welches wohl auch schon dies und das an Stangen und Raaen verloren hat und in seinen Mitteln zur Bewegung und Handhabung geschwächt ist, davon haben die Herren Offiziere der Kriegsflotte nicht in gleichem Maße einen klaren Begriff, und dennoch sollen sie ganz wesentlich im Seeamt mit urtheilen über Schuld oder Nichtschuld der Männer der Handelsflotte.

Wir haben von kundiger Seite sehr ernste Klagen gehört, schreibt die „Magdeb. Ztg.", über die Anfechtung von Urtheilen des Seeamts in Hamburg von Seiten eines der früheren Vorsitzenden daselbst. In gar manchen Fällen, bei denen das Urtheil der sämmtlichen Mitglieder des Gerichtes aus der Handelsflotte und so auch das Urtheil des Seeamtes selbst nach der Stimmenzahl auf Freisprechung lautete, veranlaßte der Vorsitzende, ein Offizier der Kriegsflotte, die Ueberweisung an das Ober-Seeamt in Berlin, wo der Einfluß der Offiziere ein verstärkter war, und erreichte die Verurtheilung des Angeklagten. So kann es kommen, daß der bestbefähigtste und tüchtigste Kapitän der Handelsflotte für unfähig erklärt wird zur Führung eines Schiffes und daß ihm das Patent entzogen wird, weil Männer ihn beurtheilen sollen, welche seine Lage nicht nach allen Richtungen völlig sachgemäß zu beurtheilen vermögen. Wir sind weit entfernt davon, in dem vorliegenden Falle des „Hohenstaufen", also zwischen Handelskapitän und Kriegsschiffkapitän eine Parteinahme für den Letzteren annehmen zu wollen in der Begründung des freisprechenden Urtheils, aber man ist in den Kreisen der Handelsschiffer der Ansicht, daß über die Unfälle der Handelsschiffe in allen Seeämtern das Urtheil der mit der Leitung von Handelsschiffen mehr und besser vertrauten Handelsschiffer ein richtigeres sein wird, als das der Offiziere der Kriegsflotte. Feststehend wird und muß dabei allerdings immer sein, daß Patententziehung auf bestimmte Zeit oder für immer erfolgen muß, wo die Unfähigkeit zur Leitung eines Schiffes erwiesen ist, denn wer es nicht versteht, ein Schiff zu leiten, dem darf man nicht Schiff, Ladung, Mannschaft und das Wohl anderer ihm begegnender Schiffe anvertrauen. Das gar zu häufige Stellen des Antrages auf Patententziehung (Kassation) wird aber in den Kreisen der Handelsschiffer ebenfalls getadelt und wohl nicht ohne Grund.

— Der Reichskanzler hat an die Mitglieder des Reichstages Einladungen zu einem Frühschoppen am Dienstag den 12. d. ergehen lassen. Die Blätter meinen in diesem Faktum ein sichtbares Zeichen des bevorstehenden Endes der Session erkennen zu müssen.

— Die Vermählung des Grafen Wilhelm Bismarck mit der Tochter des Herrn von Arnim-Kröchelndorf findet in der Kirche zu Kröchelndorf am 29. Juni d. J. statt. Graf Wilhelm Bismarck wird von dort aus sofort mit seiner Gemahlin eine längere Urlaubsreise antreten.

— Ueber das Befinden des Kaisers lauten die Nachrichten durchaus erfreulich. Der Kaiser ist andauernd in guter Stimmung und hat sogar

Feuilleton.

Der wirthschaftliche Mechanismus oder die Lösung der sozialen Frage.

Von Adam Schildge.

Die Lösung der sozialen Frage wird vielfach versucht, selten so radikal, wie der Verfasser es thut. Der Luxus unserer vornehmen Gesellschaft verbraucht ungeheure Summen. Der Glanz, der über ihr ausstrahlt, verlockt auch den letzten Bedienten zu dem gleichen Hochmuth. An Putz und Flitter sucht er seinen Herrn zu überbieten, an Geschmacklosigkeit zu übertreffen. Seinen guten Verdienst verpufft er damit in jungen Jahren; wenn die flinken Arme und Beine an Geschwindigkeit abnehmen, wird er heimgeschickt. Der Bauer, der außer dem Herrn und dem ganzen Staatsapparat auch noch den Luxus der Bedienten bezahlen mußte und, selber darbend, diesem vollen Treiben zusah, muß ihn nun ernähren und seine hinterlassenen Waisen erhalten.

Die Kontraste sind zu schneidend, als daß sie nicht nach einer gewaltsamen Lösung drängten. Die Lösung friedlich zu vollbringen, verlangt der Verfasser, man soll jeden Menschen so erziehen resp. durch Staatseinrichtungen anhalten, daß er für seine Zukunft selber sorgt. Ein jeder junge und kräftige Mann kann von seinem Verdienst so viel erübrigen, daß er wöchentlich einen Theil in eine Sparkasse giebt. Solche Kassen seien in jedem Dorfe zu gründen und dem Arbeiter resp. Arbeitgeber zur Pflicht zu machen, daß ein bestimmter Prozentsatz in die Kasse gezahlt würde. Aus den vielen Tropfen entstünden fließende Geldquellen und aus den Bächlein ganze Ströme, die eine große Zentralkasse vermöchten zu füllen. Bei diesem Sparsystem könnte jeder Arbeiter selber so viel zurücklegen, daß er nach 30 bis 40 Jahren Kapitalien erworben hätte und gemächlich im Alter leben könnte, ohne der fremden Unterstützung zu bedürfen.

Aus der großen Zentralkasse könnten dann aber auch Darlehen an die Landwirthe gegeben werden, mit denen sie ihre Aecker, ihre Wiese verbessern, ihre Häuser in besserem Stand halten könnten. Handwerkern könnten Kapitalien geliehen werden, von denen sie ihre Rohstoffe kauften; sie würden damit dem Wucher der Großhändler entzogen und ein selbstständiger Mann. Dem kleinen Kaufmann würden Kapitalien zur Verfügung gestellt, mit denen er billiger einzukaufen und dem Gewerbsmann, wie dem Arbeiter, bessere und wohlfeilere Waare zu liefern vermöchte.

Indem so der Wohlstand des Volkes sich mehrt, ist es im Stande, für bessere öffentliche Anstalten zu sorgen, bessere Straßen anzulegen, Eisenbahnen, Kanäle zur Schifffahrt zu bauen, Wasser und Gasleitungen überall einzuführen und was all zum leiblichen Nutzen des Volkes dient. Dann kann es auch für den geistigen Nutzen sorgen, seine Schulen verbessern, neue Schulhäuser bauen, in jedem Dorfe eine kleine Büchersammlung errichten und den Bürgern eine Unterhaltung gewähren, die mehr werth ist, wie die, mit denen sie bisher ihre Sonntage verbrachten.

Auch diese Einrichtungen können durch Darlehen aus der großen Zentralkasse bestritten werden. Die Gemeinden können mit einem geringen Satz (1 Prozent jährlich) die Darlehen abtragen und nach kaum einem Menschenalter die Anstalten als schuldenfrei übernehmen. So wird der Wohlstand immer gemehrt, der Mensch lernt mehr, nimmt an Bildung zu, versteht das Leben besser zu genießen und doch noch für die Zukunft zurückzulegen. Bessere Bildung der Völker werden diese dann zu sanfteren Sitten bringen; anstatt des rohen Schwerterkampfes werden die Völker einen edleren Wettstreit beginnen, sie werden in der Industrie zu wetteifern suchen, neue Erfindungen machen und in einem geistigen Kampfe ihre Kräfte versuchen, der viel edler und lohnender sein wird, wie die Kämpfe, welche bisher in den Liedern besungen wurden.

Fast möchte man mit Max Piccolomini rufen: „O, daß Sie von so ferner Zeit und nicht von morgen, heute reden!" Indeß zu jedem großen Plan gehört ein Anfang. Der Gedanke muß verarbeitet, hinausgetragen und gemodelt werden, bis er Leben und Gestalt gewinnen kann. Die Pioniere von Rochdale (in England), denen man den Strike durch Gesetze unmöglich gemacht, fingen an zu sparen, damit sie einen Nothpfennig hätten, wenn sie die Arbeit verließen oder entlassen würden. Sie legten jede Woche einen Penny (10 Pfennig) in die Kasse. Nach ein paar Jahren hatten sie viele Tausende beisammen. Was thun mit dem Gelde? Sie bauten eine Mühle und buken besseres, billigeres Brod. Sie gewannen am Brod und sparten weiter, bis sie Hunderttausende bekamen. Da fingen sie selber eine Fabrik an. Sie wurden Arbeiter und Unternehmer und schafften redlich weiter. Sie verlangten kein Achtstunden-Gesetz und machten keinen Strike. Sie hatten ein Vermögen und wollten dazu erwerben. So wurden sie fleißige, sparsame Leute, sorgten für ihren Haushalt, für ihre Frauen und Kinder, und es ging ihnen wohl.

Wenn man's aber so mit Pfennigen zu Stande bringt, dann ist keinem Menschen der Weg zum Glücke abgegraben; es sei denn, daß er selber sich ihn abschnitte. Solchen Leuten ist aber weder zu rathen, noch zu helfen. Die Uebrigen mögen indessen sinnen und trachten, daß sie einen Anfang gewinnen. Ist der Anfang einmal begonnen, dann hilft die gute Gewöhnung weiter und so wird, wie bisher die schlechte, auch die gute Gewöhnung zur zweiten Natur.

die Mittheilung von den Steinwürfen in die Fenster seines Arbeitszimmers mit gutem Humor aufgenommen. Der Kaiser gedenkt am 16. Juni in Ems einzutreffen und von dort aus dürfte auch Wiesbaden ein kurzer Besuch zugedacht sein.

— Wie nachträglich bekannt wird, hat der Bundesrath noch eine Berathung bezw. Entscheidung über die Gesammtnovelle zur Strafjustiz vorbehalten. Es lag in der Absicht, die bezügliche Vorlage noch in dieser Session des Reichstags zum Abschluß zu bringen, und man ist davon nur zurückgekommen, um die Session möglichst vor Pfingsten schließen zu können.

— Während man sich in London der Besorgniß nicht entschlagen kann, daß der englisch-russische Ausgleich doch noch auf Schwierigkeiten stoßen werde, befestigt sich in Petersburg die Hoffnung auf eine günstige Regelung der Streitfragen immer mehr. Aus London liegt heute folgendes Telegramm vor:

„Gestern Abend kursirten wieder ungünstige Gerüchte, bezüglich der Unterhandlungen mit Rußland sei eine Hauptschwierigkeit betreffs Herats entstanden. Die britische Regierung wünsche, Rußland solle sich vertragsmäßig verpflichten, weder auf Herat vorzurücken, noch irgend einen Theil Afghanistans zu besetzen. Die russische Regierung lehne es jedoch ab, sich in solcher Weise zu binden. In dieser Frage könnten deshalb die Unterhandlungen leicht ins Stocken gerathen. Auch wird behauptet, der volle Text der russischen Antwort auf den Vorschlag der britischen Regierung, den Zwischenfall von Pendjeh einem Schiedsrichter zu unterbreiten, stimme nicht gänzlich mit dem telegraphischen Resumé überein und es sei ein Meinungsaustausch wegen dieser Angelegenheit im Gange. Petersburger Depeschen melden, die Entsendung von Truppen nach Transkaspien sei eingestellt." Nach den bisherigen Erfahrungen darf man annehmen, daß das englische Kabinet Rußland gegenüber den Bogen nicht zu straff spannen wird. Hierüber wird aus Petersburg folgendes telegraphirt:

„Je mehr die durch das anglo russische Abkommen geschaffene Situation übersehen wird, um so größer wird die Zuversicht auf dauernden Frieden. Es gilt als unzweifelhaft, daß Rußland nun eine den Bedürfnissen entsprechende Grenze erhält, für deren Sicherheit die Autoritäten in Herat ebenfalls werden zu sorgen haben, wenn Rußland nicht die Aufgabe, welche England übernimmt, an sich reißen soll. Wie „Nowoje Wremja" erfährt, soll für Kalkutta ein selbstständiger diplomatischer Vertreter ernannt werden."

Die Geneigtheit Rußlands, das Friedenswerk nicht in Frage zu stellen, wird auch in einer Meldung ausgesprochen, welche der offiziösen Wiener „Pol. Corr." gestern aus Petersburg zugegangen ist. Danach wird in dortigen unterrichteten Kreisen versichert, daß die Hoffnungen auf Erzielung eines Dauer verheißenden englisch-russischen Arrangements in der Grenzfrage sich in den letzten Tagen neuerdings befestigt haben. Es scheine sich nicht zu bestätigen, daß Auseinandersetzungen in Betreff Herats die Negoziationen zwischen den beiden Kabineten zu gefährden drohen. Da eine Einigung beider Kabinete in der Grenzfrage nahezu schon erzielt gewesen sei, bevor die Wiederaufnahme der Diskussion über das Gefecht am Kuschk die Situation erschwert habe, so gelte ein baldiger Abschluß der in London geführten Unterhandlungen als nahezu gewiß, so daß die beiderseitigen Delimitations-Kommissionen rascher, als vielfach geglaubt werde, in die Lage kommen dürften, die Grenzabsteckung an Ort und Stelle vorzunehmen.

— Der „Standard" will über einzelne Punkte des englisch-deutschen Abkommens betreffs der Südseeinseln Folgendes wissen:

Die Unterthanen der einen Macht sollen in den Territorien der anderen Macht in jeder Hinsicht gleiche Rechte genießen. Ausgleichszölle sollen nicht eingeführt werden, noch soll die eine Macht die Schiffe der anderen behindern dürfen. Waffen, Munition und Alkohol dürfen nicht verkauft werden. Die Salomon-Inseln, die Neuen Hebriden, die Freundschafts- und Schiffer-Inseln sollen als gemeinsame Felder der Aktion offenbleiben und die Unabhängigkeit derselben nicht beeinträchtigt werden. Die Samoafragen bleiben offen. Auf Grund des Berichts der Fidschi-Land-Kommission wurden 3 deutschen Unterthanen Entschädigungen von zusammen 10,000 Pfund Sterl. gewährt. — Wie der „Standard" selbst konstatirt, sind diese Angaben nicht vollständig.

— Im Sudan scheint die vollste Anarchie an der Tagesordnung zu sein. Dem „Akhbar" wird aus Dongolab geschrieben:

„Eine aus Tendelti in Darfur hier eingetroffene Karawane, welche den Weg über Kordofan nahm, brachte uns erschütternde Nachrichten aus diesen beiden Ländern, in denen heute die vollste Zügellosigkeit herrscht und das Blut der Gläubigen in Strömen fließt. Kordofan und Darfur gleichen heute förmlich einem großen Schlachtfelde, auf dem sich drei Gegner gegenseitig bekämpfen und zerfleischen. Während nämlich Mohamed Achmed mit seinen Horden im Norden Kordofans haust, befindet sich der Süden dieser Provinz mit der Stadt Obeid in den Händen des neuen Mahdi, der ein Scherif (Nachkomme des Propheten) ist und bis vor Kurzem den Sudan als Bettelderwisch durchzogen hat. Er behauptet, er sei der wirkliche Mahdi und Mohamed Achmed blos der Mutemahdi (Vorläufer des Mahdi) und habe dieser ihm dahe jetzt alle bisher eroberten Städte und Gebiete auszuliefern. Mohamed Achmed beruft sich jedoch auf eine Stelle der Sunnah (Ueberlieferung), in der es heißt, daß der Mutemahdi dreimal sieben Jahre regieren und daß dann erst der wahre Mahdi erscheinen werde. Zugleich hat er, um seiner Behauptung mehr Nachdruck zu verleihen, seinem Statthalter in Darfur den Befehl ertheilt, mit 6000 Mann in Kordofan einzurücken, und den neuen Mahdi vom Süden her anzugreifen. Statt 6000 Mann brachte aber der Statthalter blos 800 Mann zusammen, mit denen er nun südlich von Obeid ein Lager bezogen hat und hier die Ankunft seines Gebieters vom Norden her erwartet. So wird Kordofan jetzt von drei feindlichen Armeen geplündert und gebrandschatzt."

Ausland.

Paris, 8. Mai. Der Minister des Innern hat dem Verein der Pariser Journalisten die Genehmigung zu einer Lotterie im Gesammtbetrage von vier Millionen ertheilt. Mit dem Ertrag dieser Lotterie soll die Unterstützungskasse des Vereins gebildet werden.

London, 6. Mai. Der König von Dänemark scheint die größte Aussicht zu haben, mit jenem Schiedsgericht über den Zwischenfall am Kuschk betraut zu werden, welches den Radikalen aller Länder so viel Vergnügen macht. In Rußland vermochte man anfangs dem philanthropischen Gedanken, den Völkerzwist durch einen Schiedsspruch statt durch Blut und Eisen zu schlichten, keinen rechten Geschmack abzugewinnen. Seit jedoch der Name des Königs von Dänemark genannt wurde, hat man sich mit der Vorstellung ausgesöhnt. Die „Daily News" behauptet sogar, der Zar habe sich bei dem Könige vertraulich nach seiner Geneigtheit, das schiedsrichterliche Amt zu übernehmen, erkundigt und habe eine bejahende Antwort erhalten. In London scheint man noch keinen Entschluß gefaßt zu haben, dürfte vielleicht auch einen Monarchen vorziehen, der dem Spruch mehr Gewicht verleihen würde. Eine praktische Folge wird der Wahrspruch natürlich nicht haben. Gladstone hat übrigens gestern im Unterhause ziemlich verständlich angedeutet, daß er die Zustimmung Rußlands zu dem Vorschlag eines Schiedsgerichts durch die Abberufung Lumsdens erkauft hat, welche in diesem Augenblicke einer Rechtfertigung Komarows und einer Verleugnung seines bitterbösen Anklägers gleich sieht. Am 3. Mai, so bemerkte Gladstone trocken, nahm Rußland das vorgeschlagene Schiedsgericht an und am 4. Mai erging an Lumsden die Depesche, die ihm mittheilte, daß seine Anwesenheit in London erwünschter sei als im Turkmenenlande. Die Russen haben also den Briten bereitwillig ein Stück vom Monde verkauft, um auf dieser Erde Recht zu behalten. Die englischen Blätter wollen wissen, Gladstone sei dem Wunsche Lumsdens lediglich zuvorgekommen, denn Lumsden habe in einer Form, welche keinen Zweifel zuließ, seinem Aerger Ausdruck gegeben, das Werkzeug einer Politik sein zu müssen, welche er verurtheilte. Mit dem Kommissar, der den General Komarow anklagte und die Turkmenen mit Geschenken und Getränken zu gewinnen suchte, wird auch jenes Truppengeleite den Russen geopfert, welches den russischen Staatsmännern ein Dorn im Auge war und unter den Gründen, weshalb die russische Grenzkommission sich fernhielt, eine wesentliche Rolle spielte. Große Hoffnungen setzen die Engländer auf die angebliche Bereitwilligkeit der russischen Regierung, zu erklären, daß sie nicht die Absicht habe, Herat jetzt oder später zu besetzen. Daß solche Versicherungen, selbst wenn sie in bestimmter Form erfolgten, an dem Zwang der Verhältnisse nichts ändern können, ist selbstverständlich. Unter welch nichtsnutzigen Vorwänden England selbst sogar die bündigsten Verträge zu durchbrechen willens ist, hat Lord Salisbury gestern im Oberhause erklärt. Denn daß England jedes Mal, wenn es die Erzwingung der Dardanellen für zweckmäßig hielte, herausfinden würde, daß der Sultan unter dem Druck einer fremden Macht handle, bedarf keiner Erörterung.

Obschon ziemlich gegründete Hoffnung auf Bewahrung des Friedens vorhanden ist, wird in Portsmouth auf Befehl der Admiralität die Ausrüstung der Flotte fortgesetzt, damit die Schiffe, deren Indienststellung angeordnet worden, spätestens am 7. Juni zum Auslaufen bereit sein können. Die Anordnung für den Wiedereintritt von pensionirten Offizieren in die Marine ist ebenfalls noch nicht rückgängig gemacht worden. In Flottenkreisen glaubt man die Admiralität gehe mit dem Plane um, die Schiffe veralteter Bauart, wie beispielsweise der „Minotaur", durch moderne Panzerschiffe zu ersetzen und, sollte der Friede gesichert werden, im Sommer eine große Flottenschau auf der Rhede von Spithead zu veranstalten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. Mai. Die wegen Zollhinterziehung im § 137 Abs. 2 des Vereinszollgesetzes vom Jahre 1869 angedrohte Ordnungsstrafe (für den Fall der nicht beabsichtigten Kontrebande oder Defraudation) trifft, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, I. Strafsenats, vom 16. März d. J., auch den nicht oder unrichtig deklarirenden Frachtführer, Spediteur ꝛc., welcher ohne jedes Verschulden, ohne irgend wie fahrlässig gehandelt zu haben, die Deklaration unterlassen oder unrichtig abgegeben hat.

— Der Regierungs-Assessor Dr. Jungck in Stettin ist zum zweiten stellvertretenden Mitglied des Bezirksausschusses zu Stettin auf die Dauer seines Hauptamts am Sitz des letzteren ernannt worden.

— Zur Bekämpfung und Ausrottung der Distel sind wiederum die Weisungen an die Bezirksregierungen ergangen, damit sie, wo es erforderlich ist, die Landwirthschaft und Gartenbau treibenden Personen auferlegen lassen, auf den von ihnen bewirthschafteten Weiden, Saatfeldern, soweit der Stand der Saaten es zuläßt, nicht minder auf den nicht landwirthschaftlich benutzten Flächen, welch letztere vielfach als Hauptbrutstätten der Distel sich erweisen, an Wällen und Gräben, in den von Feldern begrenzten Theilen von Holzungen, namentlich auch in jungen Holzschlägen sowie in Gärten die Disteln zu vertilgen. Es wird hierbei darauf hingewiesen, daß diese Maßregel im Interesse der Landeskultur liegt und eine allgemeine Ausführung der Anordnung auch aus dem Grunde nöthig ist, weil der durch Unterlassung der Distel-Ausrottung erwachsende Schaden in Folge des Saamenflugs auch auf die Besitzungen der Nachbarn sich erstrecke, welche außer Stande sind, sich dagegen zu schützen.

— Gestern Nachmittag wurde an der Ecke der Breiten- und der gr. Wollweberstraße ein großer Hund von einem Wagen der Straßenbahn überfahren und blieb todt.

— Ein pommerscher Arbeiter, der Brunnenmachergeselle Wolff, genannt Josef, aus Gollnow, wurde, wie Berliner Blätter melden, am Freitag Vormittag in Steglitz verschüttet und lebendig begraben. Daselbst wurde in einem Neubau ein Brunnen gegraben, der seiner Vollendung nahte. Ruhig gingen die leeren Eimer in die Tiefe, um bald mit Sand gefüllt wieder in die Höhe zu gelangen; kein Mensch ahnte, daß irgend eine Gefahr drohe. Plötzlich ertönte aus der Tiefe des Brunnens ein Hülferuf und der Ruf: „Das Seil, das Seil!" Die oben beschäftigten Arbeiter folgten diesem Rufe auch sofort und zogen an, als sie wahrnahmen, daß das Seil gefaßt war. Anfänglich empfanden sie beim Anziehen den Widerstand, plötzlich aber war das Seil wieder frei; eine entsetzliche Katastrophe hatte sich in wenigen Minuten in der Tiefe abgespielt. Der unten beschäftigte Josef hatte wohl plötzlich bemerkt, daß die Sandschicht zu laufen begann, und den Hülferuf ausgestoßen. Der Sand muß ihn indessen etwa bis Kniehöhe gefesselt haben und nur ein Moment mag gefehlt haben und er wäre dem Grabe entrissen. Da müssen aber die Erdmassen schnell nachgestürzt sein und den Armen begraben haben. Sofort wurde mit den Rettungsarbeiten begonnen, an der sich die freiwillige Feuerwehr sehr thätig betheiligte; man grub ohne Unterlaß von früh 10 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr, bevor man den Verunglückten fand, und hoffte, ihn noch wiederbeleben zu können. Aber alle ärztliche Hülfe war an dem noch lebenswarmen Körper vergeblich, und traurig standen seine Arbeitsgenossen umher, die in der kurzen Frist mit übermenschlichen Anstrengungen eine Erdschicht von 19 Fuß entfern hatten. Nach den übereinstimmenden Aussagen der Mitarbeiter soll der Verunglückte selbst an der Katastrophe Schuld getragen haben. Trotz mehrfacher Warnungen hatte er nicht die vorschriftsmäßigen Absteifungen vorgenommen, nur um eher mit dem Brunnen fertig zu werden. Es sollte sein letzter Brunnen als Geselle sein, weil ihm eine selbstständige Stellung in seiner Heimath bereitet war — so ist es überhaupt sein letzter Brunnen geworden.

— In der Woche vom 3. bis 9. Mai wurden in der hiesigen Volksküche 1656 Portionen verabreicht.

— Vorgestern ist der bekannte Thierbändiger August Hempel, genannt Batty, nach einem sehr bewegten Leben im städtischen Krankenhause „Moabit" einem Brustleiden erlegen. Hempel war am 3. September 1826 in Greifenberg in Pommern als ältester Sohn eines Steuerkontroleurs geboren, hatte mit gutem Erfolge die Schule besucht, ohne sich für einen bestimmten Beruf zu entscheiden, und kam durch seine Vorliebe für schöne Thiere, mit welchen er schon in frühester Jugend oft und gern verkehrte und allerlei Zähmungs- und Abrichtungsversuche anstellte, zu seinem späteren Lebenslaufe, der ihn Jahrzehnte hindurch zu einer vielbewunderten europäischen Berühmtheit machte und ihm namentlich in Rußland Lorbeeren und — Gold brachte. Mit dem in seinem lebensgefährlichen Berufe erworbenen Vermögen hatte sich Batty Hempel später in der Rosenthaler Vorstadt angekauft; Jahre hindurch wirkte er dann als ehrbarer Bürger im Dienste der Kommune und erfreute sich als Bezirksvorsteher großer Beliebtheit unter seinen Mitbürgern. Später wurde er Besitzer einer im Stadttheile Moabit noch heute vorhandenen Restauration, aber in seinen geschäftlichen Unternehmungen scheint Batty Hempel nicht so viel Glück gehabt zu haben als in seinem Umgange mit den wilden Wüstenbewohnern, denn in der letzten Zeit waren seine Verhältnisse nicht günstige. Sein Sohn, der, jetzt 24 Jahre alt, in die Fußstapfen seines Vaters als Thierbändiger eingetreten ist, weilt zur Zeit in St. Petersburg.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Bellevuetheater: (Eröffnungs-Vorstellung.) „Gasparone." Komische Oper in 3 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— Ueber das Honorar, das Goethe von seinem Verleger Cotta für seine Werke erhielt, herrschen mitunter völlig irrige Ansichten. Aus dem „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" ist zu ersehen, daß Goethe selbst 233,968.21 Gulden = 401,090.30 Mk., seine Erben 270,973.53 Gulden = 464,464.95 Mk., mithin zusammen 865,555.25 Mk. empfangen haben. Der Irrthum, Goethe habe für seine Werke im Ganzen nur die Summe von 456,000 Mark erhalten, ist daraus entsprungen, daß in dem Briefwechsel zwischen Schiller und Cotta der ihm beigefügte Auszug des Honorar-Kontos mit dem Todesjahre des Dichters abschließt. Man sieht, daß die Heroen unserer Literatur durchaus keine Hungerhonorare von ihren Verlegern erhielten, wie noch vielfach geglaubt wird.

— Ein Situationsbild vom Vesuv entwirft ein Neapeler Korrespondent des „N. Wiener Tgbl.": „Ich komme", so schreibt er, „eben vom Vesuv, wo ich mir die Sache näher angesehen, und zwar bin ich gemächlich mit der Vesuv-Drahtseilbahn hinauf gefahren, hinab bin ich gegangen, weil ich zu Palmieri in seine Station wollte. Für die Bahn ist keine Gefahr, trotzdem die eine Krateröffnung etwa 150 Meter von der oberen Haltestelle entfernt ist, aber die Lava fließt im rechten Winkel zur Bahnstrecke hinab und gefährdet sie nicht. Oben ist großes Gedränge. Italienisch, Deutsch, Französisch, Englisch, Alles schwirrt durcheinander. Ein Erdbeben dürfte freilich nicht kommen, für den Fall könnte die Geschichte etwas gefährlich werden. Die seismographischen Apparate Palmieris in seinem Vesuv-Institut deuten jedoch, wie ich beim Abstiege erfahren, auf kein Erdbeben. Wer nicht auf dem Vesuv war, kann sich nicht die riesigen Flächen vorstellen, welche gewissermaßen als Ablagerungsstätten der Lava vorhanden sind, so daß es immenser Massen bedürfte, um in tiefer liegende, also bewohnte Partien zu gelangen. Die Richtung des feurigen Flusses ist gegen Camaldoli di Torre del Greco, man hat aber dort durchaus keine Angst, und die Leute schlafen in ihren Häusern ebenso ruhig, wie sie Tags über vor dem Vesuv ruhig sitzen. Einige Tage vor dem zweiten Mai öffneten sich auf dem Boden des Kraters neben dem Kegel, aus dem der Rauch und Steinregen herausfliegt, drei kleine Löcher — das war das erste Zeichen einer nahenden Veränderung. Plötzlich riß die Wandung mit einem lauten Knall und Lava begann auszuströmen — in demselben Augenblick stellten die drei kleinen Oeffnungen ihre Thätigkeit ein, bald zeigte sich in der Richtung nach Pompeji eine zweite Oeffnung, aus der ebenfalls Lava herausfloß, daraufhin verringerte der große alte Krater desgleichen seine Thätigkeit. Das ganze Schauspiel ist wunderherrlich anzusehen und in Neapel ist des Nachts an allen Stellen, von welchen aus man die Eruption sehen kann, eine Menge Neugieriger angesammelt. Professor Palmieri, der von Beginn der Aktion in seiner Zitadelle am Berge arbeitet, sagte mir — das war am ersten Tage — entweder sei der Ausbruch ein „gewöhnlicher", wie er seit der im Jahre 1875 begonnenen Serie regelmäßig wiederkehrt, oder es käme ein „Schlußtableau" ernstester Sorte, er glaube an das erstere. Die Nachrichten des zweiten Tages geben dieser seiner Anschauung Recht, die Lava beginnt langsamer zu fließen. Der Seismograph ist beständig ruhig."

— (Unbedachte Grobheit.) Ein Reisender hatte einen gefahrvollen Felsenweg zu passiren, weshalb er einen Eseltreiber als Wegweiser mitnahm. Als beide an einen sehr steilen Abhang kamen, sagte der Eseltreiber zu dem Herrn: „Hier nehmen sich Euer Gnaden nur ja in acht, hier ist mir schon mancher Esel hinuntergefallen."

— Assessor: „Wie kann er sich denn unterstehen, mir ein Goldstück in die Hand drücken zu wollen?" — Bauer: „No wissens, Ihr Gnaden Herr Assessor, i hab' halt a gern a Trinkgeld genomme wie i Hausknecht war!"

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Petersburg, 9. Mai. Anläßlich der von Lord Salisbury am Donnerstag im Oberhause abgegebenen Erklärung bezüglich der Schließung der Dardanellen schreibt das „Journal de St. Petersbourg", wir gestatten uns, trotz der Autorität Lord Salisbury's, als Mitgliedes des Berliner Kongresses, zu glauben, daß die Frage der Schließung der Dardanellen eine europäische Frage ist, und es scheint uns sehr wenig annehmbar, daß die übrigen Signatarmächte sich der Auffassung Salisbury's anschließen werden, nach welcher es England freistände, die Schließung der Dardanellen nicht zu respektiren, wenn der Sultan unter dem Drucke einer fremden Macht handelt. Wer sollte entscheiden, ob ein solcher Druck besteht? Sollte dies der Sultan thun, oder gar Lord Salisbury, falls er die Regierungsgewalt hätte? In diesem Moment hat er sie nicht, und weiter wollen wir die Kontroverse nicht führen. Es wird uns aber erlaubt sein, unser Befremden darüber auszudrücken, daß ein Staatsmann, und noch dazu ein konservativer, ernsthaft derartige Behauptungen über den Werth eines Vertrages aussprechen kann.

Petersburg, 9. Mai. Der Minister des Innern, Graf Tolstoi, hat sich zunächst auf sein Landgut im Orel'schen Gouvernement begeben.

Die „Börsenzeitung" will wissen, es sei entschieden, daß der Kronstädter Mittelhafen Kauffahrern in dem Maße zugänglich sein solle, als darin Platz vorhanden sei. Dem „Herold" zufolge ist letzteres dahin aufzufassen, daß im Mittelhafen nur Schiffe hineingelassen werden, welche Kronladungen bringen; dieselben werden dafür wohl auch Ladungen einnehmen dürfen.

Konstantinopel, 9. Mai. Die Königin von Schweden ist mit den beiden Prinzen heute abgereist.